Wohlstand, Zinsen und Staatsschulden

Nach F. Helmedag ([2010](http://www.tu-chemnitz.de/wirtschaft/vwl2/downloads/paper/helmedag/Staatsschulden.pdf)), E. Schlicht ([2011](http://funktionalestaatsfinanzen.blogspot.de/2011_11_01_archive.html)), A. Andricopoulos ([2015](http://www.notesonthenextbust.com/2015/04/a-comparison-of-long-term-effects-of.html)), C.C. von Weizsäcker ([2013](http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-124097507.html))

25.5.2009: Vor jener Abstimmung appellierten 62 Professor*Inn*en + 150 wie­­­tere Wirtschaftswis­sen­schaft­­ler­*Inn*en an den Bundestag gegen eine Schuldenbremse in der Verfassung: [„Die Schuldenbremse ge­fährdet die ge­samt­­wirt­schaft­liche Stabi­lität und die Zukunft unserer Kinder“](http://www.boeckler.de/pdf/imk_appell_schuldenbremse.pdf) — aber es war vergeblich.

Gegen Staatsschulden sind viele Argumente in der Diskussion.

1. *Kritikpunkt: Finanzierung „auf Pump“ verletze die Gene­ra­tio­nengerech­tigkeit („Leben auf Kosten der Kindergeneration“).*

• Schulden entstehen bei lebenden Menschen — Staaten kön­nen weder monetäre Aktiva akkumulieren noch reduzieren

• kommende Generationen erben per Saldo nur Sach­vermögen

• die Nachkommen erben nicht nur die Staatsschulden, sondern ebenso die entsprechenden Anspruchstitel: Gesamtsaldo **null**!

• ein Staatsdefizit (und/oder ein Defizit des Auslands) ermög­licht erst Erspar­nis­se der Privaten und Ge­winne der Unternehmen

• fällt der Fiskus als Schuldenmacher weg, können nur höhere Ausfuhren das ökonomische Niveau aufrecht erhalten — das erforderliche Volumen wäre allerdings riesig und wird sogar utopisch, wenn das Ausland eben­falls Sparpro­gramme auflegt

2. *Kritikpunkt: die wachsende Zinslast schnüre den Handlungs­spielraum des Staates ein (sie reiche schließlich nicht einmal mehr für den Schul­dendienst) und belaste den Steuerzahler zu Gunsten der Zinsempfän­ger.*

• *E. Schlicht*: Eine Schuldenbremse schließt eine *optimale* Finanzpolitik aus (dem Staat die Aufgaben aufzutragen, die er besser erfüllen kann)

• die Bonität des Schuldners begrenzt jede Darlehensvergabe

• Der Staat hat gegenüber den Privaten eine höhere Boni­tät auf­grund sei­ner Besteuerungsmacht, aber Schwierigkeiten ent­stehen bei Schulden im Ausland oder in frem­der Währung

• solange die nominale Wachstumsrate größer als der Zinssatz ist, kann der Staat mehr für die Bürger leisten, als er ihnen steuerlich abverlangt, **ohne** **Anstieg der Schuldenquote**

• diese nähert sich bei positivem nominalem Wachs­­tum einem endlichen Wert (sie wächst **nicht** über alle Grenzen!)

• „überbordende Staatsschulden“ werden harmlos bei dem ak­tu­el­len effekti­ven Zins (d.h. unter der nominalen Wachs­tumsrate)

• dauerhafte Netto­kreditaufnahme lohnt sich bei einem nach­hal­­ti­gen Pri­märdefizit, das es gestattet, den Bürgern we­ni­ger Steuern aufzubürden als ihnen an Ausgaben für öffentliche Güter zugutekommt: Schulden­dienst geringer als die Nettokreditaufnahme

• ein sachgerecht gestaltetes Primärdefizit mehrt daher den Wohlstand

•Wachstumanschub über durch Zinssenkungen induzierte Privat­ausgaben kostet das Fünffache als durch Staatsausgaben (*Andricopoulos*)

3. *Kritikpunkt: durch Kredite finanzierte Zinszahlungen lassen schließlich die Verbindlichkeiten des Fiskus explosionsartig ins Uferlose wuchern (Schneeballeffekt* ***→*** *Staatsbankrott).*

• ein Schneeballsystem funktioniert, wenn der Schuldendienst — das Pro­dukt aus Schuldenstand mit dem (einheitlichen) Zins- inkl. Til­gungs­satz — kleiner als der Neukredit ist

• nehmen die Schulden des Kreditnehmers längere Zeit stärker zu als sein Einkommen, verlieren die Gläubiger ihr Ver­trau­en

• Sachverständigenrat (2007): „Übersteigt die Wachstumsrate den Zins­satz, ist [...] eine Kreditfinanzierung öffentlicher Aus­gaben **wohlfahrts­erhöhend**.”

• erfolgreiche Konsolidierung heißt: die Expansions­kräfte stärken und die Finan­zie­rungs­konditionen verbessern — statt zu sparen

• die Zinsbelastung des Staates fällt noch kleiner aus, da die Zins­ein­kom­men selbst steuerpflichtig sind (Abgeltungssteuer usw.)

• aber durch die Zinsen werden dem Bankenwesen *oli­go­polistische Gewin­ne* verschafft

• Banken verdienen zudem eine *Seignio­rage*, einen Gewinn aus der Diffe­renz zwischen der Wertsteigerung und den (minimalen) Herstellungs­kosten des ge­schöpften Buchgeldes

• die Banken verdienen auch durch den *Cantillon-Effekt* — Aus­ga­ben des Staates verteilen sich nicht gleichmäßig, sondern nützen den direkten Empfängern mehr als später den Handelspartnern dieser Erst­empfänger

• Zinsen sind auch für die immer steilere Einkommensverteilung mit­ver­­ant­wortlich, weil aus bisherigen unteren Netto-Zins­emp­fän­gern zuneh­mend Netto-Zinszahler werden

• Prof. em. *Carl Christian* ***von Weizsäcker*** zu Zinsen und Staatsschulden:

• die enorme Sparleistung (vor allem aus der stark gestie­ge­nen Vorsorge) hat dafür gesorgt, dass die Zinsen so niedrig sind

• wegen des Überhangs privater Ersparnisse gegenüber den Investitionen **sinken** die Preise für Kapi­tal, also **die Zinsen**

• der Staat sollte die privaten Erspar­nisse aufnehmen: „Er ist die letzte Instanz, die eine sichere Kapital­anlage bietet.”

• hält die Zentralbank den Realzins auf null, oder nied­­riger als das Wachs­tum, kann der Staat mehr ausgeben als einnehmen

• bei dieser Zinshöhe sind steigende Schulden keine Ge­fahr

• solange der Zins bei null liegt und die Wirtschaft wächst, gibt es ***keine*** *sinnvolle Grenze der Staatsverschuldung*

• eine im 19. Jahrhundert gegründete Bank hat nie Schul­den zurückzahlen müssen: bei stetig gestiegener Bilanz­sum­me hat sie zwar mehr Schulden denn je, aber das Sys­tem funktio­niert

• es sind nicht eines Tages alle Schulden auf einmal zu tilgen: der Staat kann sich weiter verschulden, weil er Sicherheit bietet